

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 54 (1974-1975)
Heft: 2

Rubrik: Kommentar

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentar

EUROPA UND AMERIKA

Der Zufall hat es gewollt, dass unmittelbar vor den Gedenkfeiern zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen der Atlantischen Allianz, die 1949 als Schutz Europas gegen die Bedrohung aus dem Osten geschaffen worden ist, die Beziehungen zwischen den Partnern zu beiden Seiten des Ozeans in eine der schwersten Krisen geraten sind. Nachdem der Donner hüben und drüben verhallt ist und anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen französischen Präsidenten Pompidou wechselseitig persönliche Kontakte gepflegt wurden, lässt sich einigermassen die Bilanz der plötzlich und vehement ausgebrochenen Differenzen ziehen. Auch wenn nicht alle Details der neuerlichen Spannungen und Gereiztheiten, die sich vor allem in hitzigen Disputen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten manifestierten, bereits durchschaubar sind, so zeichnen sich doch wenigstens die grossen Linien dieser Auseinandersetzung ab.

Zwei verschiedene Konzeptionen

Die Differenzen sind im Grunde nicht neu. In analoger Form wurden sie bereits in den Jahren der Herrschaft *de Gaulles* ausgetragen, der den Visionen Präsident *Kennedys* seine eigene Auffassung von dem «Europe des patries» entgegengesetzte. Trotz mancher Schwankungen und personeller Änderungen lassen sich die Linien, die damals ver-

folgt wurden, bis in unsere Zeit hinein verlängern. Aus der Perspektive Amerikas bietet die atlantische Politik ein anderes Bild als aus jener Europas und vor allem Frankreichs. Die USA streben die Einigung Europas nicht um ihrer selbst willen an, für sie ist der Zusammenschluss der europäischen Staaten vornehmlich «ein Mittel zur Stärkung der westlichen Gewichte im Spiel der globalen Machtbalancen» («NZZ»). Deshalb strebt Amerika auch an, mit den in den Europäischen Gemeinschaften zusammengeschlossenen neun Staaten in einer Art und Weise zu reden, welche Washington ein bedeutsames Mitspracherecht im europäischen Prozess eingeräumt hätte.

Aus der Sicht Europas (und hier wie immer vor allem Frankreichs) stellt sich das Problem anders. Das Schwergewicht liegt auf der Schaffung der *europäischen Identität*, die sich in der Einheit der Neun manifestiert. Europa soll nicht nur eine stützende Hilfe der Ausenpolitik Washingtons sein, sondern ein selbständiger tragender Pfeiler, eine eigenständige Kraft und kein in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkter Juniorpartner der Vereinigten Staaten.

Furcht vor amerikanisch-russischer Hegemonialpolitik

Die ersten Anzeichen, dass in den Beziehungen zwischen den USA und Europa eine Krise heraufzöge, wurden im

Sommer 1973 anlässlich des Breschnew-Besuches in den USA sichtbar. Damals liess Frankreich deutlich erkennen, dass es sich dem Versuch der beiden Supermächte, unter Ausschaltung der Kleineren auf eigene Faust Hegemonialpolitik im Weltmassstab zu treiben, aufs entschiedenste widersetzen würde. Die Gegensätze konnten auf dem Treffen zwischen Nixon und Pompidou in Reykjavik einigermassen übertüncht werden zugunsten einer verbalen Bekundung der gemeinsamen Interessen.

Nur wenige Monate später brachen jedoch die Differenzen erneut auf, als durch den *Nahostkrieg* vom Oktober 1973 und die arabische Erdöldrohung sich die meisten europäischen Partnerstaaten der USA von der Seite ihres überseeischen Verbündeten wegtreiben liessen und – im Sinne eines *sacro egoismo* – einen eigenen, neutralen Kurs zu steuern begannen. Die freundlichen Gesten gegenüber den arabischen Ländern wurden ergänzt durch die Weigerung einzelner Länder, ihr Territorium den Amerikanern als Stützpunkt oder Zwischenstation für deren Hilfe an Israel zur Verfügung zu stellen.

Die dadurch entstandene Verstimmung überschattet die transatlantischen Beziehungen bis heute. Es ist bezeichnend, dass es wiederum der Nahe Osten war, der in den letzten Wochen den Anstoss zu neuen, heftigen Auseinandersetzungen zwischen Washington und Paris gegeben hat. Sie begannen auf der *Energiekonferenz* vom Februar, als der französische Aussenminister Jobert, in isolierter Position freilich, den Wünschen der USA in scharfer Weise opponierte, und sie fanden ihre Fortsetzung in der ersten Märzhälfte, als Kissinger und Nixon in erbitterten und dro-

henden Worten die Politik der europäischen Regierungen kritisierten. Sie setzten damit freilich auch den vorläufigen Schlusspunkt hinter diese Kontroversen. Dass die heftigen gegenseitigen Beschuldigungen und Verdächtigungen Narben hinterlassen werden, die auf lange Zeit sichtbar bleiben, ist gewiss.

Innenpolitische Motive

Die Unerbittlichkeit, mit welcher die europäisch-amerikanischen Gegensätze während einiger Wochen ausgetragen wurden, deutet darauf hin, dass nicht nur aussenpolitische, sondern auch innere Motive im Spiele waren. Bei den Vereinigten Staaten und der wieder akut werdenden *Watergate-Affäre* ist das offensichtlich. Aber auch auf europäischer Seite spielen innenpolitische Überlegungen eine wichtige Rolle. Fast alle Mitgliedstaaten der EG befinden sich in schweren inneren Krisen: in der Bundesrepublik Deutschland kämpft die regierende Sozialdemokratische Partei mit internen kontroversen Tendenzen und sieht sich einem deutlichen Schwund der Wählergunst gegenüber, Italien labort an Skandalaffären und hat eben eine Regierungskrise hinter sich, in Grossbritannien herrscht ein Minderheitskabinett Labours, das die Situation zusätzlich kompliziert durch Erpressungsversuche an den EG, von denen Wilson günstigere Bedingungen einzuhandeln sucht, um sie in einigen Monaten den Wählern als Erfolge Labours zu präsentieren. Aber auch in Frankreich herrscht ein latentes Malaise gegenüber dem gaullistischen Regime. Der Tod Pompidous hat hier die Situation verschärft und die sich lange hinschleppende chronische Krise mit einem Schlag akut gemacht.

Grenzen der «Entspannung»

Frankreich hat auch auf anderer Ebene den Versuch unternommen, sein eigenes Gewicht gegenüber den USA stärker in die Waagschale zu werfen. Die Kontakte zu Moskau wurden intensiviert. Die Sowjetunion selber hatte dazu die Initiative ergriffen, als sie die über die bei Breschnews Treffen mit Nixon im Sommer 1973 zutage getretenen Ansätze einer bilateralen Verständigung der beiden Supermächte verstimmten und aufgebrachten Franzosen zu beruhigen suchte. Die Kontakte wurden fortgesetzt durch die Besuche Aussenminister Gromykos in Frankreich und die Reise Pompidous nach der Sowjetunion. Auf dieser letzten grossen Auslandfahrt des französischen Präsidenten offenbarten sich jedoch bald die Grenzen, die einer sowjetisch-französischen Annäherung gesetzt sind. Die Differenz der Interessen trat hier rasch und deutlich zutage, sowohl auf militärischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Konsultationen – im Rahmen der üblichen Vereinbarungen geführt – blieben ohne greifbares Resultat.

Wenige Wochen später endete auch Kissingers Mission in Moskau mit einem Fehlschlag. Damit verlor die Drohung der angeblichen amerikanisch-russischen Hegemonie ein gutes Stück ihrer Gefährlichkeit. Die während einiger Zeit aus den Fugen geratene atlantische Politik lenkte so wieder in ruhigere Bahnen ein.

Unveränderte Interessenlage

Das Zwischenspiel heftiger Kontroversen über den Atlantik hinweg hat vor allem deshalb einen unangenehmen und

grotesken Zug, als die Auseinandersetzungen zwischen Paris und Washington, wie sie hier geführt wurden, im letzten *völlig ohne Sinn* sind und kaum mehr als ein Wortgefecht. Die Realitäten werden dadurch nicht geändert. Diese aber sagen deutlich, dass die europäische Sicherheit ohne amerikanischen Schutz heute völlig undenkbar ist. Amerikanische und europäische Interessen sind, bei allen Abweichungen in gewissen Details, in den meisten wichtigen Fragen noch immer identisch, und daran wird sich auch in absehbarer Zukunft kaum etwas ändern.

Dass Frankreich dies sehr gut weiss und versteht, hat die französische Politik seit 1958 immer wieder aufs neue bewiesen. Die Fünfte Republik hat es verstanden, sich eine gewisse aussenpolitische Bewegungsfreiheit zu verschaffen und das eigene nationale Prestige angemessen zu erhöhen, ohne die Bindungen an die Supermacht jenseits des Atlantiks wirklich ernsthaft zu gefährden, trotz harter, entschlossener Worte und Auszug aus der Militärorganisation der NATO. Bei aller Demonstration nationaler Souveränität und eigener Sicherheitspolitik mit der *force de frappe*, war sich das gaullistische Regime in Paris – unter de Gaulle wie unter Pompidou – jederzeit bewusst, dass die eigene, so selbstbewusste sicherheitspolitische Konzeption mit der Verteidigung nach allen Richtungen der Windrose immer nur möglich sein würde in enger Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten.

Keine Alternative

Die Bilanz der Auseinandersetzungen der letzten Wochen ist deshalb einfach.

Es gibt für Europa keine Alternative, zumindest keine wünschbare Alternative zur Partnerschaft mit Washington. Trotz veränderter Weltlage und trotz aller «Entspannungs»-Beteuerungen bleibt das Faktum unverändert, dass Europa ohne enge Anlehnung an die Supermacht jenseits des Atlantiks heute noch immer wie 1949 hoffnungslos dem Druck der eurasischen Supermacht ausgeliefert wäre. Dass die Sowjetunion auch in den Phasen euphoristischster «Entspannungs»-Politik konsequent ihre eigene Position der Stärke ausgebaut hat und keinen Augenblick daran dachte, die angeblich veränderte Lage an der Westgrenze ihres Imperiums auch nur durch Verminderung ihrer militärischen Präsenz zu honorieren, zeigt die nun deutlich sichtbar gewordene In-

tensivierung der russischen Rüstungsanstrengungen, die Moskau ein immer stärkeres Potential und damit *à la longue* auch eine bessere Position im globalen Kräftespiel verschaffen. Diese nüchternen Tatsachen verdeutlichen mehr als alles andere die Risiken und Gefahren, die heraufbeschworen werden können, wenn transatlantische Dispute, wie der jüngst zu Ende gegangene, sich in Zukunft wiederholen oder möglicherweise noch verstärken sollten. Sie liegen weder im Interesse der Vereinigten Staaten noch viel weniger im Interesse Europas, das – obwohl wirtschaftlich ebenbürtig – politisch und militärisch noch immer der *schwächere Teil* der atlantischen Partnerschaft ist.

Alfred Cattani

WIEDER DUNKLE WOLKEN ÜBER KOREA...

Starkes nationales Einheitsbewusstsein

Korea, das seit rund 40 Jahren von Japan okkupiert war, wurde bei Kriegsende im Norden von sowjetischen und im Süden von amerikanischen Truppen besetzt. Im Nordteil bildete sich bald ein kommunistisches Regime, das bereits nach einigen Jahren den Reiseverkehr und schliesslich sogar jeglichen Postaustausch mit dem Süden einstellte. Im Juni 1950 versuchten dann zehn gutausgerüstete Divisionen Nordkoreas, den Südteil zu überrennen; UNO-Truppen von 17 Nationen eilten Südkorea zu Hilfe, Peking schickte daraufhin 200000 «Freiwillige» dem Norden zur Unterstützung. Im Juli 1953 beendete ein Waffenstillstand den bluti-

gen Bürgerkrieg, er brachte indessen weder echten Frieden noch die Einheit des Landes – nicht einmal menschliche Erleichterungen. Nirgendwo in der Welt war die Trennung so vollständig und brutal. Dennoch blieb die Idee der Wiedervereinigung bei den Koreanern tief verwurzelt. Sowohl Seoul als Pjöngjang sprachen stets von der Einheit der Nation und vom Vaterland (Gesamt-) Korea.

Als Mitte August 1971 das südkoreanische Rote Kreuz wieder einmal dem Norden Gespräche über menschliche Erleichterungen vorschlug, akzeptierte Pjöngjang. Das Motiv zu dem überraschenden Schritt lag wahrscheinlich in dem Schock, den die Peking-Reise Nixons ausgelöst hatte; vielleicht liess auch die Furcht vor der wachsen-

den Wirtschafts-Weltmacht Japan beide Teile Koreas stärker an ihre nationale Frage denken. Nach zahlreichen Vorbereitungsgesprächen einigten sich beide Seiten im Juni 1972 über Möglichkeiten, die seit mehr als 25 Jahren getrennten Familien ausfindig zu machen – immerhin betrifft das jeden fünften Koreaner!

Im Juli 1972 erschien dann ein vom Norden und Süden gemeinsam unterzeichnetes Communiqué, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts – ungeachtet der unterschiedlichen Ideologien und Systeme – die Einheit des Landes herbeizuführen. So gar der Stellvertretende Ministerpräsident Nordkoreas betonte, nicht länger einzelne Differenzen in den Vordergrund zu stellen: «Die höchste nationale Aufgabe ist es jetzt, das Vaterland wiederzuvereinigen.» Ähnlich beschwore der südkoreanische Chefdelegierte, die Aufgaben der Wiedervereinigung «mit aller Aufrichtigkeit und Geduld» zu lösen. Beide Seiten besprachen Ende 1972 bereits Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Kunst und des Sports.

Andauernde Spannungen

Trotzdem blieb letztlich das Misstrauen: Im Norden ist es die jahrelange, äußerst starke Selbstisolierung, im Südteil die Erinnerung an den damaligen Kriegsüberfall. Hatten beide Seiten Mitte November 1972 sich in einem Vertrag geeinigt, jegliche feindliche Tätigkeit gegeneinander einzustellen, so dauerte es nur genau fünf Tage, bis der nordkoreanische Geheimsender (er behauptet, «irgendwo im Süden» zu stehen, befindet sich tatsächlich aber im

Norden) wieder gegen Südkorea arbeitete. Auch erwies es sich sehr schnell, dass zumindest die Nahziele von Seoul und Pjöngjang unterschiedlich sind: Die Republik Korea drängt primär auf menschliche Erleichterungen, die allmählich eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens schaffen sollen, in der dann die eigentlichen politischen Entscheidungen getroffen werden könnten. Die Demokratische Volksrepublik Korea strebt zunächst einen Friedensvertrag sowie eine beiderseitige Truppenreduzierung an und – was schon seit Jahren erkennbar ist – den Abzug der amerikanischen UN-Einheiten aus dem Süden.

Um die schon Anfang 1973 festgefahrenen Gespräche voranzutreiben und insbesondere um menschliche Erleichterungen zu erreichen, erklärte im Juni dann der südkoreanische Präsident Park, sein Land werde sich fortan nicht mehr gegen eine Aufnahme auch Nordkoreas in die UN sträuben; Voraussetzung sei allerdings, dass dieser Schritt kein Hindernis für die Wiedervereinigung darstelle. Nordkorea aber lehnte den Vorschlag ab mit dem Hinweis, dadurch werde die «Teilung des Landes für immer besiegelt»; indessen hatte Pjöngjang während der letzten Jahre selber mehrfach versucht, Mitglied der Weltorganisation zu werden. Schliesslich kam es zu zwei Resolutionen: Die eine, eingebracht von Seoul und seinen westlichen Verbündeten, plädierte für die Aufnahme zweier Koreas. Der andere Antrag, getragen von Pjöngjang und dem Ostblock, propagierte ein vereinigtes Korea mit einer Stimme in der UNO. Der erste Vorschlag hätte vielleicht kein Veto von Moskau, zweifellos aber seitens Pekings zur Folge gehabt – der zweite Entwurf sicherlich

einen Einspruch der USA. Wohl aus diesem Grunde stellte der Politische Ausschuss der UN die beiden Resolutionen gar nicht der Vollversammlung zur Abstimmung, sondern empfahl Ende November 1973 statt dessen in einer offiziellen Erklärung die Wiedervereinigung des Landes.

Aber auch in den folgenden Monaten brachten die innerkoreanischen Gespräche keine Fortschritte. Anfang Dezember kam es vielmehr zu neuen Spannungen, als nordkoreanische Kriegsschiffe mehrfach in südkoreanische Küstengewässer eindrangen und fünf Inseln im Gelben Meer für sich beanspruchten.

1974: Neuer Versuch eines innerkoreanischen Dialogs

Die Ansprachen zu Beginn dieses Jahres in den beiden Hauptstädten forderten erneut den innerkoreanischen Dialog; während aber Seoul auf Gespräche drängte, ohne Vorbedingungen zu stellen, hob Pjöngjang besonders den «Kampf mit allen fortschrittlichen Kräften in Südkorea» hervor. Mitte Januar schlug die südkoreanische Regierung dann Nordkorea den Abschluss eines Nichtangriffspaktes vor. Beide Landeshälften sollten «vor aller Welt» erklären, keinen militärischen Angriff gegeneinander zu unternehmen, das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Teils zu bekräftigen und das derzeitige Waffenstillstandssystem aufrechtzuerhalten. Sei es, dass man dies als Bemühen Seouls wertete, die Initiative der Gespräche erneut an sich zu reißen, oder dass es der latenten Sorge vor neuen Zwischenfällen am 38. Breitengrad entsprang: jeden-

falls wurde auch dieser Vorschlag im Norden abgelehnt. Die Begründung, ein derartiger Nichtangriffspakt verhindere die Einheit Koreas, dürfte allerdings nur äusserer Vorwand sein. Denn Ende Juli 1969 war es der nordkoreanische Parteichef Kim Il Sung selber, der dem Südteil einen Nichtangriffspakt vorgeschlagen hatte, und damals war dieser von der Propaganda Pjöngjangs als «von grosser Bedeutung für die Erreichung der Wiedervereinigung des Landes» hingestellt worden. Da der Nordteil hieran aber die Forderung nach dem Abzug der amerikanischen UN-Soldaten knüpfte, hatte Seoul damals abgewinkt.

Jetzt, am 13. Februar, zeigte sich Radio Pjöngjang in einer Sendung «sehr erfreut», dass beide Seiten die Rot-Kreuz-Gespräche wieder aufnehmen würden. Nur zwei Tage später indessen versenkten nordkoreanische Kriegsschiffe ein südkoreanisches Fischerboot und entführten ein zweites nach dem Norden; nach sechs Tagen gaben die dortigen Massenmedien bekannt, es hätte sich um «Spionageschiffe» gehandelt. Der Leiter des UN-Kommandos, General McLeon, fragte auf dem 348. Treffen der Militärischen Waffenstillstandskommission vergeblich, wieso der Norden die Fischerboote als «Spionageschiffe» identifizieren konnte, bevor er in einer Entfernung von einer Meile das Feuer auf sie eröffnete. Ebenso blieben alle Bitten Seouls an Pjöngjang um nähere Aufklärung und um Rückgabe der Verschleppten ohne Echo.

Ende März kamen die politischen Unterhändler der beiden Seiten in der Grenzstadt Panmunjom zusammen; die nordkoreanischen Vertreter lehnten es ab, über jenen Zwischenfall vom 15. Februar überhaupt zu sprechen. Das Treffen ging ohne irgendeine Vereinbarung

zu Ende. Zwei Wochen zuvor bereits hatten südkoreanische Abwehrstellen einen 47köpfigen Spionagering des Nordens zerschlagen, der via Japan arbeitete; insgesamt konnten vier Rundfunkempfänger und elf Transistorengeräte sichergestellt werden. Die Agenten, die in den letzten neun Jahren insgesamt 60 Millionen Won (knapp 8 Millionen Schweizer Franken) erhalten hatten, waren in erster Linie auf die südkoreanische Armee angesetzt worden. Inzwischen hat ebenfalls wieder der Propagandakrieg Pjöngjangs begonnen, und wie in früheren Zeiten werden nachts mit grossen Luftballons über den Süden Flugblätter sowie jetzt auch gefälschte südkoreanische Tageszeitungen abgeworfen, die die Seouler Regierung beschimpfen und die Bevölkerung zum Aufstand aufrufen. Gegenwärtig herrscht demzufolge eine Atmosphäre, die echte Verhandlungen zumindest im Moment äusserst schwierig gestalten lässt. Dennoch wird keine Seite die Gespräche völlig abbrechen.

Dies lässt auch ein Vorschlag Nordkoreas von Ende März an die USA erkennen, die bisherige Waffenstillstandsvereinbarung durch einen beiderseitigen Friedensvertrag zu ersetzen. In diesem sollten Washington und Pjöngjang sich verpflichten, keine neuen Waffen mehr nach Korea einzuführen und insbesondere die amerikanischen UNO-Soldaten aus Südkorea «mit all ihren Waffen» abgezogen werden. Als Begründung führte der Brief an den nordamerikanischen Kongress an, dass «die Spannungen nicht beseitigt und der Frieden in Korea nicht gefestigt werden kann, solange die US-Truppen in Südkorea bleiben». Washington hat inzwischen den Vorschlag zurückgewiesen; Nordkorea versucht jetzt offensichtlich, Südkorea von den Verhandlungen auszuschliessen, doch sei ein derartiger Schritt für die amerikanische Regierung unannehmbar.

Divergierende Interessen der Grossmächte

Man darf unterstellen, dass die USA ihre heute noch rund 40000 Soldaten im Südtteil nicht abziehen werden. Einmal hat der Norden in den letzten Jahren einen rasanten Aufbau an Offensivwaffen vorgenommen, obwohl das damalige Waffenstillstandsabkommen jegliche Truppen- und Materialverstärkung untersagte. Im Süden bildeten die USA weiterhin den Schutzschild; sollten sie einmal abziehen, bliebe eine völlig unzureichende Armeeausstattung zurück. Ganz bestimmt werden die Vereinigten Staaten ihre Luftwaffe in diesem strategisch sehr wichtigen Gebiet belassen. Denn zum anderen wäre eine blosse Neutralisierung Südkoreas für Japan bedenklich; die Sicherheit der Insel verlangt ebenfalls eine strategische Abdeckung gegenüber China, und da Japan Amerikas immer noch stärkster Partner in Asien ist, wird Washington schon auf dieses Sicherheitsbedürfnis Tokios Rücksicht nehmen müssen.

Die Volksrepublik China, deren Einfluss in Nordkorea seit einigen Jahren wieder stärker als derjenige Sowjetrusslands ist, unterstützt in voller Intensität die Wiedervereinigungsvorschläge der Pjöngjang-Regierung; sehr wahrscheinlich denkt sie hierbei auch an eine indirekte Ausschaltung der sowjetischen Ambitionen auf der gerade auch hinsichtlich der Differenzen zwischen Moskau und Peking so wichtigen Halbinsel. Letztes Ziel der Volksrepublik dürfte –

wenn nicht ein pro-Peking-eingestelltes Gesamt-Korea – zumindest eine Neutralisierung des «Landes der Morgenstille» sein.

Von letztlich gleichen Machtpositionen lässt sich die Sowjetunion lenken: Sie unterstützt ebenfalls heute noch das Vorgehen Nordkoreas, doch wird sie wesentlich lieber einen Status quo in Korea sehen als einen weiteren Einfluss Pekings. Zum einen will Moskau nicht seine restlichen Positionen in Pjöngjang verlieren, andererseits sind seit vergangenem Jahr erste Kontakte auch zu Südkorea festzustellen: Seouler Geschäftsleute durften nach Leningrad einreisen, die Südkoreaner (und nicht die Nordkoreaner) wurden zur Universiade in die Sowjetstadt eingeladen und sowjetische Schiffe legen neuerdings auch im südlichen Teil Koreas an. Bei einer andauernden Zweiteilung des Landes wäre die Aufnahme diplomatischer Beziehungen eines Tages mit Seoul keineswegs auszuschliessen.

Ebenfalls in dem Bestreben, Verbündete für sich zu gewinnen, hat Südkorea erste vorsichtige Verbindungen zu den osteuropäischen Staaten geknüpft. Offiziell unterstützen diese aber auch weiterhin den Nordteil.

DDR/Nordkorea: Ambivalentes Verhältnis

Enge Verbindungen bestehen zwischen Pjöngjang und Ost-Berlin, das früher auch stets das Recht der Koreaner auf Wiedervereinigung betonte. Mit der Aufnahme der innerkoreanischen Gespräche indessen wurde die DDR zumindest in ihrer inneren Propaganda äusserst zurückhaltend, und bei den Massenmedien wird man Einzelheiten über die Vorgänge in Korea vergeblich suchen – das geht soweit, dass selbst Kim Il Sungs Reden oder die UNO-Erklärung zur Wiedervereinigung in den SED-Zeitungen verfälscht oder gar totgeschwiegen werden. Derartige Äusserungen als solche scheinen auch für die heutigen DDR-Verhältnisse immer noch zu gefährlich zu sein, um publiziert zu werden. Allerdings würde sich die Bevölkerung zwischen Elbe und Oder zweifellos fragen, weshalb selbst die Kommunisten in Nordkorea eine Wiedervereinigung ihres Landes unter weitaus schwierigeren Voraussetzungen für durchaus möglich halten – jedoch nicht die SED-Führer in Deutschland...

F. W. Schlossmann

CHINA ALS UTOPIA

Neuerwachte Faszination durch China

Selbstverständlich, dass das Einrücken Chinas in das Spiel der Weltpolitik mit grosser Aufmerksamkeit beobachtet wird, auch dass sein neuer Anlauf in der Geschichte Denken und Forschen in allen chinesischen Bereichen anregt. Die Art und die wachsende Zahl der Berichte jedoch, die Chinareisende auf den

Markt – den amerikanischen insbesondere – werfen, erwecken den Eindruck, dass der Gegenstand «China» sowohl den Autoren als den Lesern ein inneres Bedürfnis erfüllen soll. Es sind keineswegs nur Reisereporter, die Artikel und Bücher über China schreiben. Wirtschaftswissenschaftler von Weltruf wie Wassily Leontieff (in «Atlantic», März 1973) und John K. Galbraith («A China

Passage», 1973) befassen sich nicht etwa mit den grossen ökonomischen Problemen des Landes, sondern rühmen «die grossen sauberen Felder der landwirtschaftlichen Kommunen» und «die Billigkeit der Medikamente».

Eine neue Reiseliteratur Intellektueller entsteht, die an jene über die Sowjetunion in den zwanziger und dreissiger Jahren erinnert. Im Unterschied zu damals wird jedoch weit weniger – wenn überhaupt – für den Kommunismus als internationale Bewegung eingetreten. Es ist *China* – wenn auch in Verbindung mit seinem gegenwärtigen Regime – von dem die Faszination ausgeht. Will man erklären, wieso China eine solche Wirkung auf seine intellektuellen Touristen ausübt, so lohnt es vielleicht, sich daran zu erinnern, dass China schon einmal in der intellektuellen Mode war, dass der Eintritt Chinas in das Weltbewusstsein des Westens ebensolche intellektuelle Begeisterung für sein Regime hervorrief, wie sein Wiederauferstehen auf der Weltbühne.

Die Chinaberichte der Jesuiten

Schon als im Jahre 1585 der spanische Augustinermönch Juan Gonzales de Mendoza einen ersten Bericht über China veröffentlichte, wurde dieser in viele europäische Sprachen übersetzt und war für die damalige Zeit etwas, das man einen ‹best-seller› nennen könnte. Dieses Buch wurde in fast alle europäischen Sprachen übersetzt und von allen Gebildeten gelesen. 1589 erschien eine deutsche Ausgabe mit dem Titel «Neue, kurz, doch wahrhaftige Beschreibung des gar Grossmächtigen weitbegriffenen, bisher unbekannten Königreiches China». Ernsthaft er-

forscht wurde China aber erst durch den Jesuitenpater Matteo Ricci, der 27 Jahre in China lebte, die Sprache lernte und Umgang mit der chinesischen gelehrt. Gesellschaft pflegte und dort 1610 starb. Aufgrund seiner Aufzeichnungen gab sein Ordensbruder Trigault einen Bericht über China heraus, der schon 1617 in französischer Sprache in Lille gedruckt wurde («*Histoire de l'Expédition Chrestienne au Royaume de la Chine*»). Bald erschien das Buch in anderen Sprachen und war, nach Wolfgang Franke («*China und das Abendland*», 1962) «eines der populärsten Bücher der Zeit».

Seine Wirkung zeigte sich rasch. Als Robert Burton im Jahre 1621 sein berühmtes Werk «*Anatomy of Melancholy*» herausbrachte, setzte er in das Vorwort die Beschreibung eines utopischen, auf dem Leistungsprinzip aufgebauten Staates, der deutlich die Züge Chinas reflektierte. Mit direktem Bezug auf den Bericht des «*Matheus Riccius und anderer Jesuiten*» verwies Burton auf China als ein Land, wo es keine Nichtstuer und auch keine Bettler gebe. Das letztere wurde in den Schriften über China in den folgenden Jahren immer wieder betont – nicht verwunderlich in einer Zeit, in der Europa von Scharen von Bettlern und Vagabunden überzogen wurde –, aber findet sich auch in den Reiseberichten dieser Tage stets wieder. Bald fanden sich auch in anderen Utopien Widerspiegelungen der Chinaberichte der Jesuiten; in Denis Vairasse d'Allais' *Histoire des Sevarambes* (Paris 1677) vor allem, dort standen alle Bürger als Gleiche unter einem weisen Oberhaupt, die Beamten aber waren «gleicher» als andere. Die Jesuiten selbst hatten diese utopischen Gedankengänge provoziert. Sie drückten

ihre Bewunderung für die politische Organisation Chinas aus, in der sie eine Verwirklichung von Platos Regierung der Philosophen sahen. Als der nächste grosse zusammenfassende Chinabericht der Jesuiten von Père Louis le Comte herausgegeben wurde, der unter dem Titel «Das heutige Sina» 1699 in Frankfurt und Leipzig erschien, hiess es dort: Der Himmel gab den Franzosen Tapferkeit und Kriegskunst, den Holländern Schläue im Handel, den Engländern die Kunst des Seefahrens und den Chinesen die Fähigkeit zu regieren. Die Jesuiten verheimlichten die negativen Seiten Chinas zwar nicht; als aber 1736 der Père du Halde, der selbst nie in China gewesen war, das gesamte damalige Wissen über China in vier mächtigen Bänden zusammenfasste, brachte er Korrekturen an und unterdrückte nach Möglichkeit die Nachrichten über Dämonenglauben und Zauberei («De la Compagnie de Jesus, Description, Géographique, Historique, Chronologique, Politique et Physique de l'Empire de la Chine et de la Tartarie Chinoise»).

Enthusiasmus der Aufklärer und Physiokraten

Hatte schon Leibniz 1697 in seinem Buch *Novissima Sinica* geschrieben, dass ein Weiser, wäre er Richter über die Vorzüglichkeit der Völker, den goldenen Apfel den Chinesen reichen würde, so sahen die Intellektuellen des Aufklärungszeitalters, die ihr Wissen von du Halde bezogen, in China das Reich der wahren Aufklärung. Die China-Begeisterung war nicht immer ohne Risiko, konnte sie doch als Kritik verstanden werden. Als Christian Wolff am 12. Juli 1721 an der Universität Halle

über *Sinarum Philosophia Practica* sprach, wurde er auf Anstiften der protestantischen Orthodoxie vom preussischen König binnen 24 Stunden von der Universität gejagt. Neben Diderot und Helvetius war es vor allem Voltaire, der die Einrichtung des chinesischen Reiches als die vorzüglichste pries, die die Welt je erblickt hatte. Wer aufgrund der Prostrationen dort Despotismus gesehen haben wolle, hätte aufgrund von Äusserlichkeiten geurteilt («*Essai sur les moeurs et l'esprit des Nations*»).

Die grössten China-Enthusiasten aber waren die Physiokraten, die Vorfäder der Leontief und Galbraith. Von ihnen hatte De Tocqueville rückschauend geschrieben:

Nach der Auffassung dieser Ökonomen sollte der Staat nicht nur der Nation befehlen, sondern sie auch in bestimmter Weise ummodelln und den Geist der Bürger nach einem gegebenen Modell formen.

*Diese ungeheure gesellschaftliche Macht, die diese Ökonomen sich vorstellten, ist unpersönlich. Da sie aber in ihrer Umgebung nichts fanden, das ihrem Ideal entsprach, gingen sie im tiefen Asien suchen. Ich übertreibe nicht, wenn ich feststelle, dass es nicht einen unter ihnen gibt, der nicht irgendwo in seinen Schriften das Lob Chinas verkündet hat («*L'Ancien Régime et la Révolution*», 1856.)*

Wesentliche Quelle für die Physiokraten waren die Vorlesungen des Intendanten Pierre le Poivre, der als Missionar in China gewesen war. Was ihn dort beeindruckt hatte, war die Landwirtschaft gewesen; so hatte er sich daran gemacht, das Geheimnis der chinesischen Lebensmittelproduktion herauszufinden. Er fand es vor allem in der

Düngung; daneben aber war er auch beeindruckt von der Höflichkeit und Bildung der Bauern, die nicht hinter der Städter zurück bleibe. Das grosse Interesse, das die Physiokraten der Landwirtschaft entgegenbrachten, war aber vor allem von Menzius (372–289 v. Chr.), dem berühmtem Nachfolger des Konfuzius, geformt worden, und den sie in dem Werk von du Halde zitiert fanden. Menzius hatte ein System ausgearbeitet, nach dem das Reich netzartig in Landeinheiten aufgeteilt werden sollte, die in sich aus neun Feldern bestanden hätten, von denen acht jeweils von einer Familiengruppe für den privaten Bedarf, das neunte für Herrscher und Staat bebaut worden wären.

Die Physiokraten leugneten nicht, dass es Despotismus in China gab. Ihr geistiges Oberhaupt Quesnay schrieb ein Buch mit dem Titel «Despotismus in China» (1767), erklärte aber in diesem, dass das Regime des despotischen Kaisers auf weisen Gesetzen begründet sei, die der Kaiser auch selber befolge, und fand vor allem die administrative Ordnung bewunderungswürdig. Sein Mitarbeiter, Abbé Baudeau, fügte hinzu, dass das Regime zwar absolutistisch sei, aber auch gerecht und die Menschen frei und glücklich («Première Introduction à la Philosophie Economique ou Analyse des Etats policiés», 1776).

In Deutschland war es der Kameralist Johann Heinrich Gottlieb von Justi, der ähnlich wie die Physiokraten davon ausging, dass der Zustand des Ackerbaus nicht hauptsächlich von der Fruchtbarkeit des Bodens abhänge und keine Sache sei, «welche die Regierungen denen ohngefährten Neigungen des Volkes überlassen» könnten. Er fand, dass es der besondere Vorzug der chi-

nesischen Monarchie sei, «dass alle ihre Grundsätze, Triebfedern, Verfassungen und Einrichtungen den Endzweck haben, die Staatsbedienten, oder daselbst so genannten Mandarinen, zu bewegen und anzuhalten, dass sie sich in allen ihren Handlungen als Väter des Volkes betrachten, und sich auf diese Art bezeigen» («Vergleichungen der Europäischen mit den Asiatischen und anderen vermeintlich Barbarischen Regierungen», 1762).

Eine Betrachtung des Widerhalls, den China in der Literatur der Aufklärungszeit hervorrief, führt zur Entdeckung unverkennbarer Ähnlichkeiten mit der China-Berichterstattung von heute. Allerdings gab es im 18. Jahrhundert einen besonderen aktuellen Anlass für das Interesse an China. Für Freidenker wie Voltaire war das Alter der berichteten chinesischen Geschichte eine Waffe im Kampf gegen den Glauben an die Sintflut und die biblische Überlieferung überhaupt. Wesentlicher aber und allgemein war, dass unter Beiseitesetzung der despotischen Aspekte in China eine rational und wohlwollend verwaltete Gesellschaft gesehen wurde, die weitgehend auf die Maximisierung der Lebensmittel ausgerichtet war. Diese Rezeption Chinas im intellektuellen Bewusstsein des Westens entsprach der in allen Utopien des 17. und 18. Jahrhunderts ausgedrückten Wunschvorstellung einer Lenkung des vom Absolutismus geschaffenen Staatsapparates durch eine Schicht von Wissenden nach einem von diesen erdachten Bild des besten aller Staaten.

Das Weiterwirken dieser Gedankenwelt der Aufklärung findet seinen Niederschlag in der China-Verarbeitung von heute. Es scheint dabei kaum notwendig anzumerken, dass das Wissen

von heutigen Autoren, die sich im Gegensatz zu ihren Kollegen von vor 200 Jahren eine Stippvisite in China leisten konnten, nicht unbedingt grösser ist als dasjenige, das aus den Berichten der Jesuitenväter genährt worden war.

Ernüchterung am Ende des 18. Jahrhunderts

Einem solchen Rückblick bleibt aber schliesslich doch hinzuzufügen, dass das 18. Jahrhundert nicht endete, ohne dass der China-Enthusiasmus einer Kritik unterzogen wurde. Schon in den sechziger Jahren hatte der Baron de Grimm in seiner «Correspondence littéraire» von rosig-gefärbten Chinaberichten gesprochen; eine grundsätzliche Kritik des Chinabildes aber nahm Herder vor. Dem «vorteilhaften Gemälde der chinesischen Staatsverfassung», die «nicht nur von spekulativen Philosophen, sondern von Staatsmännern sogar beinahe als politisches Ideal bewundert wurde», stellte er das Bild einer Nation entgegen, die «in jedem Gelenk ihrer selbst erbauten Staatsmaschine so sklavisch dient, als ob sie eben zu dieser Sklaverei erfunden wäre».

Herder wies auf den «Zwiespalt der chinesischen Reichs- und Sittenlehre mit der wirklichen Geschichte» hin. Hatten andere etwa darauf hingewiesen, dass in China «ein jeder Privatgelehrter die Freiheit (habe) über die Fehler und Gebrechen seiner Regierung Vorstellung zu tun» (von Justi), so sprach Herder von «geizigen Mandarinen»,

die Tausende verhungern liessen und die, «wenn ihre Verbrechen vor den höheren Vater kommen, mit elenden Stockschlägen wie Knaben unwirksam geziichtet werden» («Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit»).

Vor allem aber war es Georg Forster, der Jakobiner von Mainz, der – von der Erfahrung der Revolution geprägt – sich gegen die Idealisierung einer Regierung wandte, die «alle Handlungen der Untertanen einer unabänderlichen Richtschnur unterwirft» und der fand, dass «das Glück des *zahmen Sklaven* ebenso erdichtet (sei) als das Glück des *freien Wilden*».

Was geschähe, fragte Forster, wenn sich in Europa ein ähnliches Regierungssystem festsetzen sollte? Wenn man bisher die despotische Grundmaxime in Europa noch nicht auf eine so konsequente Art in Ausübung gebracht habe, solle man nun nicht glauben, dass dies auf einer grundsätzlichen Verschiedenheit beruhe. «Jene politische Vertilgung der Bücher» zeuge von den langen Kämpfen, die jene Herrschaftsmacht in China befestigt hätten. «Es wäre folglich nicht ungereimt, das gewaltsame Ringen, worin die Kräfte der Menschheit seit ein paar tausend Jahren in Europa begriffen sind, ebenfalls nur als Vorbereitungszustand anzusehen, welcher der *vollkommenen Beherrschung der Menschen* vorangehen muss» («Über die Beziehung der Staatskunst auf das Glück der Menschheit», 1793).

Henry Jacoby

«SCHWEIZER KOMPONISTEN» ALS FARBFILMPORTRÄTS

Im letzten Jahr entstand als Gemeinschaftsproduktion der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft und der Autorengesellschaft SUISA eine Serie von elf 16-mm-Farbfilmen über Schweizer Komponisten. Da es sich um lebende Komponisten handelt, stellten sich die Gestalter die Aufgabe, jeden Komponisten inmitten seines Schaffens und in einer für ihn typischen Umwelt darzustellen, wobei die Musikausschnitte in Zusammenarbeit mit den Komponisten ausgewählt wurden. Diese erstmalige Serie von neun Einzel- und zwei Gruppenporträts ist anfangs März an einer Pressevorführung in Zürich vorgestellt worden.

Die Produktion unterstand der Ciné Groupe Zürich. Gedreht wurden die elf Farbfilme von Emanuel Schillig, Philippe Dériaz, Heinz Berner, Urs Peter Kaufmann, Pierre Monteoliva, Hans Ulrich Schlumpf und Gaudenz Meili. Neun Filme von 14 Minuten Dauer gelten als Einzelporträts den Komponisten *Conrad Beck, Klaus Huber, Rudolf Kelterborn, André-François Marescotti, Frank Martin, Albert Moeschinger, Paul Müller, Armin Schibler* und *Heinrich Sutermeister*. Zwei Filme von 28 Minuten Dauer befassen sich als Gruppenporträts mit *Jacques Guyonnet, Werner Kaegi, André Zumbach* und *Eric Gaudibert, Jacques Wildberger, Jürg Wytenbach*.

Diese Komponisten wurden ausgewählt von einer Kommission, bestehend aus Vertretern der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft, der SUISA-Mechanizenz, der Stiftung Pro Helvetia und des Schweizerischen Tonkünstlervereins. Die Auswahl wurde nach föderalistischen Aspekten durch-

geführt: Sechs Komponisten sind über sechzig Jahre alt, drei zwischen vierzig und sechzig, sechs sind jünger als vierzig; fünf leben in der welschen Schweiz, einer im Tessin, neun in der deutschen Schweiz.

Die Serie beabsichtigt, dem schweizerischen Musikschaften nun auch im Fernsehen zu einer angemessenen Resonanz zu verhelfen. Damit möchte die Reihe dieser Filmporträts die Anthologie schweizerischer Musik auf Schallplatten ergänzen, die 1964 im Jahr der EXPO begonnen und kürzlich mit der fünfzigsten Schallplatte abgeschlossen worden ist. Diese Filme werden beim Schweizer Fernsehen vom Frühjahr 1974 an ausgestrahlt, vom Deutschschweizer Fernsehen jeweils, in bis jetzt nicht immer regelmässigen Abständen, am Sonntagabend in der Sendung «Zur Nacht». Begonnen wurde die Ausstrahlung der Reihe mit dem Porträt über Frank Martin, dem – mit Jahrgang 1890 – Nestor der lebenden Schweizer Komponisten und – nach Arthur Honegger – zudem auch international am meisten beachteten. «Schweizer Komponisten» sollen durch die Pro Helvetia auch im Ausland angeboten werden.

Wie gelungen die einzelnen Porträts sind, wird sich – bei der Verschiedenheit der Realisatoren – von Komponist zu Komponist zeigen. Im Überblick wird sich erweisen, ob Anspruch und Verwirklichung zur Deckung gekommen sind, und vor allem auch, ob die Ansprüche stimmig gesetzt wurden. Doch bei dem an sich begrüssenswerten Unternehmen drängen sich – im voraus – einige grundsätzliche Fragen auf. So muss die Auswahl der Kom-

ponisten immer Anlass zu Diskussionen geben. Denn wer möchte schon in der Jury sitzen, die zu bestimmen hat, wer hier aufnahmewürdig ist und wer (noch?) nicht. Aber zu fragen wäre, ob das Hauptgewicht auf Komponisten von lokaler Bedeutung zu legen wäre – was schliesslich bei einem schweizerischen Unternehmen auch seine Legitimität hätte –, oder ob doch eher den Gestalten von breiterer Ausstrahlung der Vorzug gehörte. Vor allem ist nicht einzusehen, warum bei der jüngeren – oder hier doch schon eher als mittlere zu bezeichnenden – Generation so verschiedenartige Talente zusammengezogen wurden. Einer Diskussion um die Auswahl der Komponisten ist dadurch die Spitze genommen, dass versichert wurde, die Serie solle fortgesetzt werden.

Im weiteren muss festgehalten werden, dass Fernsehen als Medium der Musik gegenüber oftmals im Nachteil bleiben muss. Denn meistens ist es kaum möglich, mit Überzeugung mehr zu bieten als Illustration, optische Untermalung von Musik, Musikleben, Komponisten. Insofern hat es beispielsweise die schon seit Jahren bestehende Reihe bei Radio Basel leichter: «Die Stimme des Komponisten.» Die Musik kann mit dem eigenen Medium akustisch illustriert werden, ohne dass der Zuhörer durch optische Zutaten abgelenkt wird.

Doch eine Möglichkeit hat Film/Fernsehen dem Rundfunk für Belange der Information über Musik voraus: Analysen – sofern auf Fachlich-Spezielles eingegangen werden soll und will –

können da auch anhand der graphischen Aufzeichnungen nachvollzogen werden. Erklärungen, Verweise bleiben da nicht mehr abstrakt-verbal, sondern mögen durch die Visualisierung tatsächlich konkretisiert werden, ein Vorgehen, das gerade bei avantgardistischer Musik zu einem hautnaheren Verständnis führen kann.

Im übrigen kommen aber auch diese Musiker-Porträts – diese Bezeichnung ist zum grossen Teil überaus wörtlich zu nehmen – nicht über Anekdotisches hinaus. Da sind: Aufnahmen von Konzertaufführungen, der Komponist zu Hause, am Schreibtisch, im Familienkreis, beim Unterrichten. Das hat eben nur entfernt-vermittelt mit seiner Musik-Produktion zu tun. Doch solches Vorzeigen vermag vielleicht eine Kunst gerade einem Publikum näher zu bringen, das sonst intuitiv vor «moderner Musik» zurückschreckt. Der gelegentliche Mangel an Fachlichkeit, spezifischer Fachbezogenheit, braucht dem Unternehmen nicht unbedingt zum Nachteil anzuschlagen. Denn den Fachmusikern, Kritikern und STV-Mitgliedern müssen unsere Schweizer Komponisten von Frank Martin bis Eric Gaudibert schliesslich kaum mehr vorgestellt werden. Aber bei einem potentiellen – und auch tatsächlichen – Fernsehpublikum der Sendung «Zur Nacht» vermögen sie vielleicht tatsächlich mehr zu füllen als nur Bildungslücken. Da könnte es möglicherweise zu Hinweisen der Kultur auf Kultur kommen.

Rolf Urs Ringger